

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Redakteur: Gebr. Kroll, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Althaus

Bezugspreis einschließlich Frachtposten monatlich 2,00 M., durch die Post bezogen monatlich 2,10 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 2,40 M., Einzelnummer 8.- M., Sonntagsnummer 10.- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261, Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gelbsteine Nonpareilzeile 25.- M., die 3 gelbsteine Reklamzeile 30.- M., Ausland 100 und 200 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 25 Proz. Rabatt. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an bestimmten Tagen. Für Kleinanzeigen 8 M.

Nr. 248

Dresden, Montag den 23. Oktober 1922

33. Jahrg.

Daß sie nicht schamrot werden!

In Schülerkreisen ist die Frage der Ermordung Rathenaus ausgiebig besprochen worden. Wenn festgestellt ist, daß Ruben von 18 Jahren — und noch dazu gemeinsam mit Vater und Mutter — sich in dieser Weise politisch betätigen, dann ist damit gleichzeitig festgestellt, daß es sehr schwierig im deutschen Volk auszieht. ... Also Kugel mit Recht der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach, als am Sonntagabend im Reichstag auf die neuesten Vordränge unruherregender Ausschüsse verwiesen worden war. Um dieselbe Zeit wurde im Dresdner Gebiet ein Wohlausflug der Deutschen Volkspartei verbreitet, darin heißt es:

Die Schule wird entchristlicht — Lied und Gebet sind aus ihr entfernt — und nur sozialistische Parteiworte erniedrigt. Die Jugend verwildert.

Es ist dies dieselbe Zeit, wie sie in bestimmten Zwischenräumen aus jener Presse ertönt, die sich an den Teilnehmern erheben. Unter dem Vorwand und deren abgeleitete Folge auch von den Ergebnissen der denationalistischen Vordränge nicht verändert werden kann. Haben wir eine verwilderte Jugend? Gegenwärtig können wir drei Arten Jugend unterscheiden. Die vielleicht breiteste Schicht, die indifferente Tanzjugend, war immer da und ist im allgemeinen nicht besser und nicht schlechter als je. Die zweite, die sogenannte neue Jugend, hat sich neue Lebensziele gesetzt, hat die Einfachheit, die Brüderlichkeit, die Naturfreude, die Abkehr von konventionellen Unsitzen in den Mittelpunkt ihrer Bewegung gestellt; die sozialistische Arbeiterjugend ist ihr stärkster, sozial gerichteter Teil, und die sozialdemokratische Arbeiterschaft darf stolz sein auf diesen ihren Nachwuchs. Die dritte Gattung ist jene „bessere“ Jugend, gegen die sich Fehrenbachs Worte richten. Von wird im gegenwärtigen Lager der „entchristlichten“ Sozialdemokratie hoffentlich nicht böse sein, wenn wir selbst die vielgeschmähte, indifferente „Tanzjugend“ für die erhebliche bessere Zukunft Deutschlands halten, als jenen leuchtend verwilderten Nachwuchs rechtsstehender Kreise, der in Lilien, Fern, Günther, Tschow und andern gymnasialen Vordrängen seine Wurzeln ficht.

Wie, bitte? Das sei übertrieben! Gewiß gibt es im bürgerlichen Lager auch eine anständige, gibt es eine freideutsche, republikanisch-demokratische hoffnungsvolle Jugend, aber der andere dunkle, politisch und moralisch verwilderte Teil ist doch an Zahl so beträchtlich, wie selbst Festmessen vor Jahren noch nicht für möglich gehalten hätten. Wie in andern Städten, so lernen wir den Respekt dieser halbstarren Schüler vor geistigen Dingen in Versammlungen kennen, wo sie mit Arkanen und Trillerpfeifen als antisemitische Sprengköpfe wirken. Von Aberhunderten solcher christlich-germanischer Schulbuben wurde im Dresdner Vereinshaus vor gar nicht langer Zeit kein geringerer als der in allen nicht-reaktionären Vorkriegern hochgeschätzte Pastor Mensina niedergeworfen und mit Beschimpfungen niedergebührt! Mit dem Geiste dieser verrotteten bürgerlichen Götzen mußten sich seit der Wendung Erbergers effiziente Staatsanwälte und Richter befassen. Und was dabei zutage kam, ist ein grauenerregendes Bild!

Die Verantwortung für diese Massenverderbungsorgane, krimineller Auswüchse, liegt auch nicht die politische Angelegenheit der Denationalisten allein, sondern es ist bürgerliche Jugend, die sich auf höheren Schulen über die Ermordung von Ministern unterrichtet wie über irgendeine sportliche Gewerbeart. Selbst ein so notorisch verkommenes Vandalen wie Günther wurde nach der feigen Wendung Rathenaus auf einem denationalistischen Festabend — wach trautes Wort für diese Mädenanstellungen! — mit wohlwollendem Gruß begrüßt! Wer diese Jugend hat, der mag sonst was haben — die Zukunft hat er nicht!

Schuld an solchen Erziehungsresultaten sind auch nicht etwa nur einige Kolonnen burrapatriotisch verbogener Oberlehrer. Schuld an alledem ist jene in allen Fugen trockene bürgerliche Weltanschauung, die selbst die unheilvollste Kriegsmoral über den dunklen militäristischen, burrapatriotischen Teufel nicht hinausgehoben hat. Auf diese nationalistische Jugend ist die Kriegsverrohung am stärksten übergegangen, und modernes Landsknechtum ist ihr Ideal. Und dazu die muffige Atmosphäre bürgerlicher Elternhäuser jener Art, wie sie vor Gericht der Dame Tschow an den Branger stellte!

Genau richtig hob der Reichsanwalt in Leipzig hervor, daß ein Teil veramteter Bourgeoisie, verkommenen Rentner und gewisse notleidende Kreise des geistigen Mittelstandes die härteste Bedrohung der Republik bedeuten. Von welcher schreiender Ungerechtigkeit in der Verteilung der Güter die

von und bekämpfte kapitalistische Gesellschaftsordnung ist, das sehen diese Kreise nicht oder sie wollen es nicht sehen; sie gehören ja vor dem Kriegszusammenbruch zu den Nutznießern dieser Ungerechtigkeit und klammern sich daran, daß es „im alten Deutschland schöner war“. Drum weg mit dem neuen Deutschland, in dem ihnen die Mittel fehlen, ihre Söhne studieren und Karriere machen zu lassen. In dieser Umgebung verfrachtender bürgerlicher Existenz, in diesem Dunstkreis antirepublikanischer Beherrschung wächst ein stattlicher Teil der Volkstorken auf, die Mörder, wie Tschow, anschohen.

Und wie steht es hier mit der Religion? Diese blutdürstigen Jungen haben alle eine christliche Kinderstube hinter sich, werden im „christlichen Glauben“ erzogen, sind mit der Bibel aufgewachsen; sie haben den christlichen Jünglingsverein erheblich näher, als irgendwelcher Freidenker, kämpfen samt ihren Eltern im Sinne der bürgerlichen Parteien auf die „religionslose Sozialdemokratie“ und trachten Mörderjagden auf Minister für das geeignetste Gegenmittel.

Jawohl, ihr Herren von der Nation, es gibt eine verwilderte, trostlose, gemeingefährliche Jugend; aber sie wächst aus euren Lagern, aus euren Häusern hervor — und zwar mit dem Katechismus in der Tasche! Anstatt diese Verwilderung in bürgerlicher, verlogener Weise auf die Beschuldigung der echten Religionen und staatlichen Festen zu ordnen, Verbrennungen zu verhängen, rückt lieber hinein in den jüdischen Kreis jenes christlichen Nachwuchs, den der „sozialistische“ Fehrenbach „trostlos und gemeingefährlich“ nannte! Klammert euch gefälligst um die widerlichen Wasserseinerungen in eurer Jugend — ihr habt dort mit der Ausräumung mörderischer Nestschäfte gerade genug zu tun!

Wirden solch unmoralisch verwilderte Schülerkolonnen, wie die Vertreter der hohen Rathenauemörder, aus unsern Reihen und aus dem Leben unserer Volksschulung, wir würden uns schämen und vor unsrer Weltanschauung und ihr? Doch ihr es angesichts der Früchte und der Früchte, die in euren Lagern reifen, überhaupt wagt, das Thema von der „Verwilderung der Jugend“ anders als mit immerwährender Verhöhnung zu berühren! Was über euch

Mit eure Scham denn ganz zu den Hunden geklohen!

Die französischen Forderungen

Finanzhoheit der Entente

Die französische Denkschrift, über die sich Poincaré und Barthou geeinigt haben, und die am Freitag der Reparationskommission überreicht wurde, fordert nicht nur eine Finanzkontrolle durch den Garantienauschuss, d. h. durch die Entente, sondern der Garantienauschuss soll darüber hinaus das Recht haben:

der deutschen Regierung die Anwendung bestimmter Maßnahmen zu verbieten und Maßnahmen zur Kontrolle der deutschen Einnahmen und Ausgaben sofort durchzuführen. Die deutschen Ausgleichszahlungen und die Ausgaben zur Verbesserung der Industrie sollen sofort abgeschafft, Anleihen nur mit Genehmigung des Garantienauschusses ausgesetzt werden.

Das bedeutet nichts anderes, als daß Deutschland unter die Finanzhoheit der Entente gestellt werden soll.

Die französische Presse gibt selbst zu, daß zwischen dem Vordränge Brabourys und den französischen Forderungen schwerer Kompromiss zu finden sein wird. Doch lassen einzelne französische Wünsche weiter entgegenkommen als dies Lloydfreundlichkeit gewiß nicht nachlagern kann, stimmt den von Braboury vorgeschlagenen Maßnahmen nicht vorbehaltlos zu, sondern, in die Finanzhoheit des Deutschen Reiches einzugreifen, ohne zugleich die Verantwortung für die etwaigen Folgen dieses Eingriffes zu übernehmen. Im neuen deutschen Regierungsentwurf werden die Beamtengehälter mit Rücksicht auf die steigende Preise erhöht — der Temps heißt dabei: „würden die Interalliierten Kontrollen diese Gehälter verbieten? Oder wenn der Garantienauschuss die deutsche Regierung an der Gehaltsverhinderung, würde er sich dann auch verweigern, die Revolten zu unterdrücken, die der Brotmangel hervorrufen würde? auf die Alliierten abwälzen würde? Die Verschärfung der Kontrolle — schreibt der Temps — darf nicht die Stellung derjenigen erschweren, die sie ausüben.“

Es ist nicht anzunehmen, daß England diesen weitgehenden französischen Plänen zustimmen wird. Braboury hat in der Reparationskommission an dem französischen Plan bereits allgemeine Kritik geübt. Die englischen Hauptmeinungen richten sich gegen die Befugnisse, die dem Garantienauschuss gegeben werden und die dem Zahlungsplan vom 26. Mai entgegenstehen, da dieser dem Ausschuss nicht gestattet, sich in die deutschen Verhältnisse einzumischen.

In den kritischen Kreisen in Paris wird der französische Plan als undurchführbar angesehen. Diese Vorschläge, die eine alliierte Einmischung in die deutschen Finanzen und die deutsche Regierungsbefugnisse bedeuten, laufen allen bisherigen Vereinbarungen zuwider und würden einer Uebernahme der Verwaltung der deutschen Finanzen durch die Alliierten gleichkommen. — Der Pariser Sonderberichterstatter des Daily Herald erwartet unverzüglich den Rücktritt Brabourys von seinem Posten in der Reparationskommission als Folge der Enttarnung der französischen Forderungen auf seinen Vorschlag, Deutschland ein Moratorium zu gewähren.

Darüber werden sich auch die Herren Poincaré und Barthou klar sein, daß mit ihren Forderungen die deutsche Reparationskrise nicht beigelegt, ja nicht einmal gemildert wird. Wenn aber heute die französische Regierung mit ihren Plänen auf den Widerstand nicht nur Englands, sondern auch der meisten andern Staaten stößt, so ist dies nur möglich geworden, durch die in erster Linie von der Sozialdemokratie getragene deutsche Erfüllungspolitik. Sie ist auf den Boden, Wille zur Verständigung wachsen und den Geist des Krieges und des blinden Völkerrasses mehr und mehr überwindern.

Die Denkschrift Barthous

fordert im einzelnen:

1. Der Garantienauschuss kann von der deutschen Regierung gewisse Maßnahmen fordern oder sie ihr verbieten.
2. Der Ausschuss wird nach Berlin verlegt.
3. Die Maßnahmen für die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben und zur Unterdrückung der Kapitalflucht werden unverzüglich angewandt.

Das neue Mordkomplott

Der Berliner Lokalanzeiger schreibt: Mir erfahren, daß als Ergebnis der Untersuchung durch den Reichsanwalt die Verhaftung mehrerer kompromittierter Personen bevorsteht. Es scheint sich bei den Attentatsplänen wieder um Ideen wirrer und politisch unreifer jugendlicher Köpfe zu handeln.

Wie die S.-P.-D.-Korrespondenz mitteilt, ist die Untersuchung der Mordpläne gegen den Reichsanwalt selber durch die Senatspräsidenten einzelner Länder äußerst gefährdet. Statt plaudern, wird das zu hüten, was indiskrete Altkameraden ausgeben, auch über die Pläne der Polizei über beschaffende Verzierungen und dergleichen weiß man die Öffentlichkeit zu unzeitigen, wasu das alles? Würde sich ausschließlich die Rechtsprechung an diesem Unfug beteiligen, dann kann man Verhältnisse dafür haben; denn Rechtsprechung und deutschkaiserliche Mordorganisationen ist fast das gleiche, und beide haben ein Interesse an der Gefährdung der Untersuchung.

Leider aber muß auch gesagt werden, daß ohne Indiskretionen von Amtspersonen eine Gefährdung der Untersuchung nicht hätte einreten können. Warum wird die Untersuchung nicht ausschließlich von solchen Personen geführt, die zum mindesten republikanisch zuverlässig sind, und warum beschränkt man den Kreis der Leute, die sich mit den Verdächtigten familiärer Jünglinge beschäftigen müssen, nicht auf das Maß des Notwendigen? Will man die Untersuchung positiv zu Ende führen, dann muß man letzten Endes alle diejenigen von der Untersuchung ausschalten, die nicht mit Leib und Seele im Interesse der Republik bei der Sache sind und die vertraulich zu behandelnde Dinge in angeblicher Großtunerei erzählen.

500 000 Mark Belohnung!

(N) Vom Oberstaatsanwalt beim Landgericht Leipzig werden 500 000 M. demjenigen zugesichert, der Licht in einen geheimnisvollen Versteckungsversuch zu bringen vermag. Aus dem Prozeß gegen die Rathenau-Mörder ist noch in Erinnerung, daß der Angeklagte Willi Günther eine Pralinensendung aus Berlin erhielt. Günther hatte davon gegessen und auch einigen Mitangeklagten davon gegeben. Nach dem Geschehen stellten sich bei ihnen Vergiftungserscheinungen ein. Wie die Untersuchung ergab, waren die Pralinen mit giftiger, arsenhaltiger Säure versetzt worden. Annehmbar befürchtet wurde, daß durch seine Aussagen vor dem Staatsgerichtshof die Hintermänner des Rathenau-Mordes bekannt werden würden. Es besteht der Verdacht, daß die Abfender der vergifteten Pralinensendung der Geheimorganisation Confus (O. C.) angehören oder ihr nahe stehen. Große Paläste in Potsdam verbreiten gegenwärtig im ganzen Reich die obige Bekannmachung des Leipziger Oberstaatsanwalts, und es ist erwünscht, daß möglichst die gesamte Presse seine Bemühungen unterstützt. Angaben, die werden an die Staatsanwaltschaft Leipzig unter dem Aktenzeichen St. A. XI 816/22 (Beruf 13 568) oder an das Polizeipräsidium Berlin, Abt. 1a, Zimmer 266a (Fernsprechanruf 380), erbeten.